

Antrag

der AfD-Fraktion

Entwicklungshilfe an die Rücknahme illegaler Migranten koppeln und Abschiebeoffensive einleiten

Der Landtag möge beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat für eine Neujustierung der deutschen Entwicklungspolitik dahingehend einzusetzen, dass die Gewährung bilateraler sowie multilateraler Entwicklungshilfe an die Rücknahmebereitschaft illegaler Migranten durch die Empfängerländer gekoppelt wird.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Abschiebeoffensive einzuleiten, um die illegalen Migranten aus Brandenburg abzuschieben und in ihre Heimatländer zurückzuführen.

Begründung:

Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den großzügigsten Geldgebern im Rahmen der Entwicklungshilfe. Mit 23,4 Milliarden Dollar (ca. 21 Milliarden Euro) war Deutschland im Jahre 2020 hinter den USA (35,5 Milliarden Dollar) und vor Großbritannien (18,6 Milliarden Dollar) sowie Japan (16,3 Milliarden Dollar) die zweitgrößte Gebernation weltweit.¹

Diese Stellung als entwicklungshilfepolitisches Schwergewicht muss dazu genutzt werden, um die Rücknahmebereitschaft illegaler Migranten durch die Empfängerländer zu maximieren. Schließlich herrscht in vielen Ländern, die von deutscher Entwicklungshilfe profitieren, eine ausgeprägte Unwilligkeit vor, wenn es um die Rücknahme illegal zugewanderter Migranten geht.

Der Unwille zur Rücknahme liegt unter anderem darin begründet, dass zahlreiche Herkunftsländer ein Interesse daran haben, ihren Bevölkerungsüberschuss an westliche Industrieländer „abzugeben“. Außerdem transferieren zahlreiche illegale Migranten, die oftmals dauerhaft von den Segnungen des deutschen Sozialstaats profitieren, einen Teil des Steuergeldes, welches sie ohne Gegenleistung erhalten, in ihre Heimatländer. Mitunter werden die in Milliardenhöhe ins Ausland abfließenden Gelder, die somit dem deutschen Wirtschaftskreislauf entzogen werden, durch Schwarzarbeit oder die Einnahmen aus kriminellen Aktivitäten kompensiert.

¹ Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu „ODA-Zahlen – Geber im Vergleich 2020 (vorläufige Werte)“, <https://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen-fakten/oda-zahlen/geber-im-vergleich-19222>, abgerufen am 30.09.2022.

Den zuvor beschriebenen Fehlanreizen kann durch eine Neujustierung der deutschen Entwicklungshilfepolitik entgegengewirkt werden, indem die Gewährung deutscher Entwicklungshilfe an die Rücknahmebereitschaft illegaler Migranten durch die jeweiligen Herkunftsländer gekoppelt wird. Ein entsprechendes Bonus-Malus-System kann wie folgt funktionieren: Je höher die Bereitschaft zur Rücknahme, desto großzügiger die gezahlte Entwicklungshilfe. Je geringer die Rücknahmebereitschaft, desto geringer die gewährte Entwicklungshilfe.

Für die Umsetzung dieses Mechanismus empfiehlt sich eine Schwerpunktsetzung bei der bilateralen Entwicklungshilfe. Beispiel Irak: Im Jahre 2019 war das Land mit 430,6 Millionen Euro der viertgrößte Empfänger deutscher bilateraler Zahlungen für Entwicklungshilfe. Während der Flüchtlingskrise an der polnisch-weißrussischen Grenze unterbreitete die irakische Regierung im November 2021 das Angebot, illegale Migranten aus dem Irak mit Sonderflügen zurück in ihr Heimatland zu holen.

In diesem Kontext berichtete die Tagesschau: „[...] soll darüber hinaus in den kommenden Tagen eine irakische Delegation nach Deutschland reisen, um über die irakischen Flüchtlinge zu sprechen, deren Asylanträge in Deutschland abgelehnt wurden. Ministeriumssprecher Al-Sahaf [Sprecher des irakischen Außenministeriums, Anm. der Antragstellerin] sagte dazu: ‚Wir sind in Gesprächen mit unseren Partnern und Freunden in der Europäischen Union. Wir unterstützen alle Erklärungen zu Menschenrechten und drängen die Irakerinnen und Iraker, mit unserer nationalen Fluggesellschaft zurückzukehren. Die irakischen Botschaften und Konsulate werden diesen Prozess unterstützen.‘“²

Um das kooperative Verhalten der irakischen Regierung zu würdigen, wäre hier eine Anhebung der bilateralen Entwicklungshilfeszahlungen angezeigt.

Im Rahmen der entwicklungspolitischen Neuausrichtung können auch sinnvolle Initiativen der multilateralen Entwicklungshilfезusammenarbeit weiterhin gefördert werden. Ein passendes Beispiel dafür ist der EU-Notfall-Treuhandfonds für Afrika (EU Emergency Trust Fund for Africa, EUTF). Die Hauptziele des EUTF bestehen in der Bekämpfung von Fluchtursachen, Schleppern und Menschenhandel sowie der Unterstützung von Rückkehr, Rückübernahme und Reintegration durch die Heimatländer.³ Eine derart ausgestaltete Verknüpfung der Entwicklungshilfезusammenarbeit mit der Bekämpfung illegaler Migration liegt im deutschen Interesse und ist somit förderungswürdig.

Analog zur Neujustierung der deutschen Entwicklungshilfepolitik müssen die Kontrollen an den EU-Außengrenzen sowie an der deutschen Grenze massiv verstärkt werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass für die Regierungen von Herkunftsländern kein Anreiz dazu geschaffen wird, ihre Bürger zur illegalen Migration nach Deutschland zu ermuntern, um anschließend für die Rücknahme großzügige Entwicklungshilfeleistungen zu erhalten.

² Vgl. tagesschau.de v. 15.11.2021 zu „Irak will Flüchtlinge ausfliegen“, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/irakische-fluechtlinge-belarus-101.html>, abgerufen am 30.09.2022.

³ Vgl. Webseite der Europäischen Kommission, PM v. 24.06.2020 zu „Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika: EU mobilisiert 52,5 Mio. EUR zur Unterstützung von Resilienz, Beschäftigung und Stabilität in der Sahelzone und dem Tschadseebecken“, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_20_1157, abgerufen am 30.09.2022.

Abschiebung ist Ländersache. Aufgrund dessen ist die Landesregierung aufgefordert, im Zuge der zuvor beschriebenen Neuausrichtung umgehend eine Abschiebeoffensive einzuleiten und alle illegal zugewanderten Migranten aus kooperativen Heimatländern, die sich in Brandenburg aufhalten, zeitnah rückzuführen. Die Landesregierung ist angehalten, mit sämtlichen betroffenen Regierungen von Herkunftsländern zwecks Rückführung illegal in Brandenburg befindlicher Migranten unverzüglich in Kontakt zu treten.